



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

des Innen- und Rechtsausschusses

### **EntschlieÙung zum Jugendstrafrecht**

Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 16/1816 (neu)

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 30. Januar 2008 überwiesenen Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, EntschlieÙung zum Jugendstrafrecht, Drucksache 16/1816 (neu), in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 3. Dezember 2008 ab.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er dem Landtag die Annahme des Antrages in der folgenden geänderten Fassung:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Das derzeit geltende Jugendstrafrecht bietet weitreichende Möglichkeiten, um der Jugendkriminalität zu begegnen.
2. Die ambulanten Familienhilfen, die Schulsozialarbeit sowie die Förderung der Integration von Migranten sind geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung vor Jugendgewaltkriminalität.
3. Bei Intensiv- und Mehrfachtäterinnen und Mehrfachtätern ist eine frühzeitige verbindliche Intervention notwendig. Das bestehende differenzierte Angebot

für die intensive und umfassende Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen ist voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

4. Verfahren gegen straffällig gewordene Jugendliche sind schnell und konsequent einzuleiten und durchzuführen. Deshalb soll das „Vorrangige Jugendverfahren“ landesweit angewendet werden. Eine angemessene Ausstattung von Justiz und Polizei verringert die Dauer von Strafverfahren.

5. Ausreichend Personal beziehungsweise eine entsprechende Förderung im Bereich des Jugendstrafvollzugs, der Bewährungshilfe und bei freien Trägern ist die Voraussetzung für die Resozialisierung von jugendlichen Straftätern und für einen geordneten Übergang von der Haft in die Freiheit. Der schleswig-holsteinische Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die im Haushaltsentwurf 2009/2010 vorgenommenen Weichenstellungen.

Werner Kalinka  
Vorsitzender